

## **„Der RDI wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen.“ Die Loyalitätserklärung der deutschen Industrie vom 24. März 1933**

**Autor: Reiner Zilkenat**

Seit der Berufung Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg sind fast zwei Monate vergangen. Die innenpolitische Lage hat sich seitdem dramatisch gewandelt. Die Arbeiterparteien KPD und SPD sind in die Illegalität gedrängt, die in der Weimarer Verfassung von 1919 verbrieften Bürgerrechte, die bereits von den „Präsidialkabinetten“ in den Jahren seit 1930 stark ausgehöhlt worden waren, sind inzwischen zur Makulatur geworden. SA, SS und Stahlhelm üben als „Hilfspolizei“ Willkürakte gegen Gegner des Hitlerfaschismus aus, ohne für die von ihnen vorgenommenen Demütigungen, Verhaftungen, Folterungen und Morde zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Und dennoch: Die faschistische Partei und ihre deutschnationalen Helfershelfer, die bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933, trotz eines immensen Aufwandes an Propaganda und der Unterdrückung des Wahlkampfes der beiden Arbeiterparteien, keine absolute Mehrheit erzielen konnten, sind noch nicht endgültig am Ziel angelangt: der irreversiblen Ausschaltung ihrer politischen Gegner.

Entscheidend ist jetzt, wie die Eliten, besonders in der Wirtschaft, in der Justiz und Verwaltung, in der Reichswehr sowie in den Amtskirchen, sich zum noch im Anfangsstadium befindlichen faschistischen Regime verhalten. Ohne ihre Kooperation ist an seine dauerhafte Existenz nicht zu denken. Dies gilt umso mehr, als es schließlich bedeutende ihrer Repräsentanten waren, die am 30. Januar in vollem Bewusstsein der sich daraus ergebenden Folgen die Macht an Hitler übertragen hatten.

Eine entscheidende Rolle hatten dabei führende Industrielle und Bankiers gespielt. (siehe jw vom 18.5.2012 und 4.1.2013)

### **RDI stützt das Kabinett Hitler**

Von herausragender Bedeutung ist die Haltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI). In seinen Gremien sitzen nicht wenige Unternehmensführer, für die die Installierung eines Kabinetts Hitler die Realisierung eines lange gehegten Wunsches darstellt.

Angeführt werden sie von Fritz Thyssen, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke AG, des größten schwerindustriellen Konzerns in Europa. Thyssen hatte seit dem Durchbruch der Nazis bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Kanzlerschaft Hitlers propagiert und auch nicht mit hohen Summen geheizt, die er der faschistischen Partei zur Verfügung stellte. Als Mittelsmann und „Vertrauensperson“ innerhalb der faschistischen Führung fungierte dabei Hermann Göring.

Neben Thyssen stehen weitere Großindustrielle bereit, dem „Kabinett der nationalen Konzentration“ jede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Genannt seien hier nur Ernst Brandt, der mächtige Vorsitzende des „Bergbauvereins“ und Vorstandsvorsitzende der Gelsenkirchener Bergwerks AG sowie Kurt Schmitt, der Vorstandsvorsitzende des Allianz-Versicherungskonzerns.

Innerhalb des RDI stehen die Zeichen auf Sturm. Fritz Thyssen und seine Parteigänger wollen reinen Tisch machen und den Verband vollständig faschisieren: Jüdische Präsidiumsmitglieder und Angestellte sollen vor die Tür gesetzt, das Gebäude am Schöneberger Ufer in Berlin demonstrativ mit der Hakenkreuzfahne beflaggt und die Einsetzung zweier „Staatskommissare“, Dr. von Lucke und Möllers vollzogen werden. Thyssen stellt auf der Präsidiums-Sitzung am 23. März offen die Machtfrage:

„Die nationale Revolution ist noch nicht beendet, sie ist nicht über den Kommunismus gestolpert und wird auch nicht über den Strohalm des Reichsverbandes stolpern. Es muss dafür gesorgt werden, dass es in Zukunft ausgeschlossen ist, dass eine Gegenströmung gegen die nationale Bewegung entstehen kann. Es ist dies gerade im Interesse der Industrie erforderlich.“

Thyssen vermag sich durchzusetzen. Das aus jüdischer Familie stammende Geschäftsführende Präsidiumsmitglied des RDI, Ludwig Kastl, wird am 1. April ebenso

seiner Funktionen enthoben wie der jüdische Vizepräsident des Verbandes Paul Silverberg. Tragischerweise hatte dieser Großindustrielle, der als Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinischen Braunkohlesyndikates und als Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln amtiert, seit Ende 1932 aktiv die Kanzlerschaft Hitlers betrieben und in den von ihm herausgegebenen „Deutschen Führerbriefen“, einer streng vertraulichen und einflussreichen Korrespondenz für leitende Persönlichkeiten in Wirtschaft und Politik, die Errichtung eines faschistischen Regimes propagiert.

So las man z.B. in den „Führerbriefen“ am 18. November 1932, dass „Hindenburg Hitler zum Mannes seines Vertrauens machen“ und ihn zum Reichskanzler ernennen solle. Zurück zum März 1933. Wer erwartet haben sollte, dass sich der Präsident des RDI, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, und andere Exponenten der Monopole gegen die willkürliche Absetzung ihrer jüdischen Verbandskollegen zur Wehr setzen würden, sieht sich getäuscht. Die Gruppierung um Fritz Thyssen setzt ihren Willen durch. Am Ende der Präsidiumssitzung des Verbandes am 23. März wird sogar ein huldvoller Brief an Hitler formuliert, in dem es u.a. heißt:

„Durch die Reichstagswahlen vom 5. März ist die Grundlage für ein starkes Regierungsfundament geschaffen, und es sind damit die Störungen beseitigt, die sich aus den ständigen politischen Schwankungen der Vergangenheit ergeben und die wirtschaftliche Initiative stark gelähmt haben. Für den notwendigen tatkräftigen Wiederaufbau kommt es darauf an, die Sammlung und Mitwirkung aller aufbauwilligen Kräfte herbeizuführen. Die deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken und der RDI wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen.“

### **Aussicht auf Maximalprofite**

Gibt es zu alledem keinen Widerspruch? Hinter verschlossenen Türen hatten Gustav Krupp und Carl-Friedrich von Siemens versucht, mit der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die inzwischen in skandalöser Weise dem Nazi-Regime ihre aktive Mitarbeit und Loyalität angeboten hatte, erneut die 1924 beendete Zentralarbeitsgemeinschaft zu revitalisieren. Emil Kirdorf, einer der treuesten Gefolgsleute Hitlers unter den Großindustriellen, jahrzehntelanger Vorstandsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks AG und Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bank, äußert sich zwar in privaten Briefen besorgt über den grassierenden Antisemitismus, dessen Militanz von Seiten der SA und SS u.a. in der willkürlichen Schließung von Kaufhäusern und der gewaltsamen Vertreibung jüdischer Richter und Staatsanwälte aus Gerichtsgebäuden besteht. Doch zu Protesten oder gar widerständigem Handeln reicht es nicht.

Die Kumpanei mit der Regierung Hitler hat jedoch einen nachvollziehbaren Grund: Die in seinen Ansprachen vor der Reichswehr-Führung am 3. Februar sowie vor den Spitzen der Industrie am 20. Februar 1933 angekündigten, groß angelegten Aufrüstungsprojekte versprechen für die Zukunft hohe Profite. Eines der wesentlichen Ziele der Großindustriellen besteht schließlich in der zielgerichteten Vorbereitung eines zweiten „Griffs nach der Weltmacht“, der aus den von der damaligen Reichsregierung begangenen „Fehlern“ zur Zeit des 1. Weltkrieges und seiner politischen wie materiellen Vorbereitung die notwendigen Konsequenzen zieht: rücksichtslose Ausschaltung der Arbeiterbewegung und anderer oppositioneller Kräfte vor dem Beginn des Krieges, die vor systematischem Terror nicht Halt macht; Bündelung aller ökonomischen Ressourcen für den bevorstehenden Krieg; möglichst konfliktfreie Kooperation staatlicher und privatkapitalistischer Instanzen, wofür neue Institutionen zu entwickeln sind.

### **Keine Zweifel an Legitimität ihrer Regierung Hitler**

Doch noch ist es nicht so weit. Bei den Herren der Industrie und Banken stoßen spontane Aktionen der SA, die sich auch gegen „arische“ Unternehmen richten und die u.a. am 1. April 1933 zur zeitweiligen Besetzung der RDI-Geschäftsstelle am Schöneberger Ufer in Berlin führen, auf strikte Ablehnung. Forderungen nach Teilhabe an der Geschäftsführung von Unternehmen werden erhoben, Lohnerhöhungen eingefordert. Nach der erfolgten Übertragung der Regierungsmacht wollen jetzt nicht wenige Mitglieder und Anhänger der NSDAP die „zweite Revolution“ durchführen. Sie nehmen die aus durchsichtigen Gründen

formulierten antikapitalistischen Forderungen der faschistischen Partei für bare Münze. Es liegt der Verdacht nahe, dass mit derartigen Aktionen auch die Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen, deren Inhaber in Scharen den Nazis zugeströmt waren, gegen die Interessenvertretung der Großindustrie ins Spiel gebracht werden sollen.

Auch die in Aussicht gestellte Außenhandelspolitik, die sich vornehmlich vom Gedanken der Autarkie leiten lassen soll, führt zu starken Bedenken bei den Repräsentanten derjenigen Großunternehmen, die im Außenhandel engagiert sind. Vieles wird in den kommenden Monaten davon abhängen, wie die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Hitler im Einzelnen konzipiert werden wird.

Nur eines ist unübersehbar: Die Herren um Krupp, Thyssen und Siemens ziehen nicht einen Augenblick lang die Legitimität ihrer neu installierten Reichsregierung in Zweifel. Verfassungsbrüche und Terror stören sie nicht. Worum es ihnen geht, ist die möglichst rasche Entwicklung einer wirtschaftspolitischen Blaupause, die Planungssicherheit und Aussicht auf steigende Profite schafft – die Perspektive eines neuen Weltenbrandes eingeschlossen.